



Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs

Präsentation der österreichweiten Jugendstudie „Recht auf Schutz vor Gewalt“

Pressegespräch

**Dienstag 29.09.2020, 11:00 Uhr in 4020 Linz
OÖ Presseclub im OÖ Kulturquartier
Landstraße 31, 1. Stock**

Teilnehmer*innen:

Mag.^a Elisabeth Harasser, Kinder- und Jugendanwältin des Landes Tirol

Prof. Mag. Bernhard Heinzlmaier, Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung

Mag.^a Denise Schiffrer-Barac, Kinder- und Jugendanwältin des Landes Steiermark

Mag.^a Christine Winkler-Kirchberger, Kinder- und Jugendanwältin des Landes OÖ

Im Anhang:

Präsentation der Umfrageergebnisse/Charts

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften der österreichischen Bundesländer setzen sich als weisungsfreie Ombudsstellen für die Rechte junger Menschen ein. Der gesetzliche Auftrag basiert auf der UN-Kinderrechtskonvention und umfasst ein breites Leistungsspektrum: von kinderrechtlicher Beratung und Intervention im Einzelfall bis hin zu präventiven Maßnahmen, wie etwa Workshops an Schulen zu jugendrelevanten Themen, mit der Zielsetzung, allen jungen Menschen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Dem Recht auf Schutz vor Gewalt kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Denn obwohl in Österreich Gewalt in der Erziehung seit über 30 Jahren verboten und das Recht auf Schutz vor Gewalt seit dem Jahr 2011 im Bundesverfassungsgesetz über die Rechte des Kindes verankert ist, wachsen nach wie vor viel zu viele Kinder mit Gewalterfahrungen auf. Gewalt an sowie unter Kindern und Jugendlichen findet in der Freizeit, in den Familien sowie an Schulen und im Internet statt. Junge Menschen sind dabei in vielfacher Form betroffen, als Opfer, als Täter*innen, als Mittäter*innen, als Zuschauer*innen.

Daraus ergibt sich für die österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften der gesellschaftspolitische Handlungsauftrag, auf die Situation der Kinder und Jugendlichen aufmerksam zu machen und gezielte Maßnahmen zu forcieren, damit diese vor Gewalt geschützt werden. Durch den direkten Kontakt mit jungen Menschen, gestützt auf empirische Daten, gilt es, das Wissen über die Gewaltproblematik kontinuierlich abzusichern, zu aktualisieren und die kinderrechtlichen Aktivitäten weiterzuentwickeln.

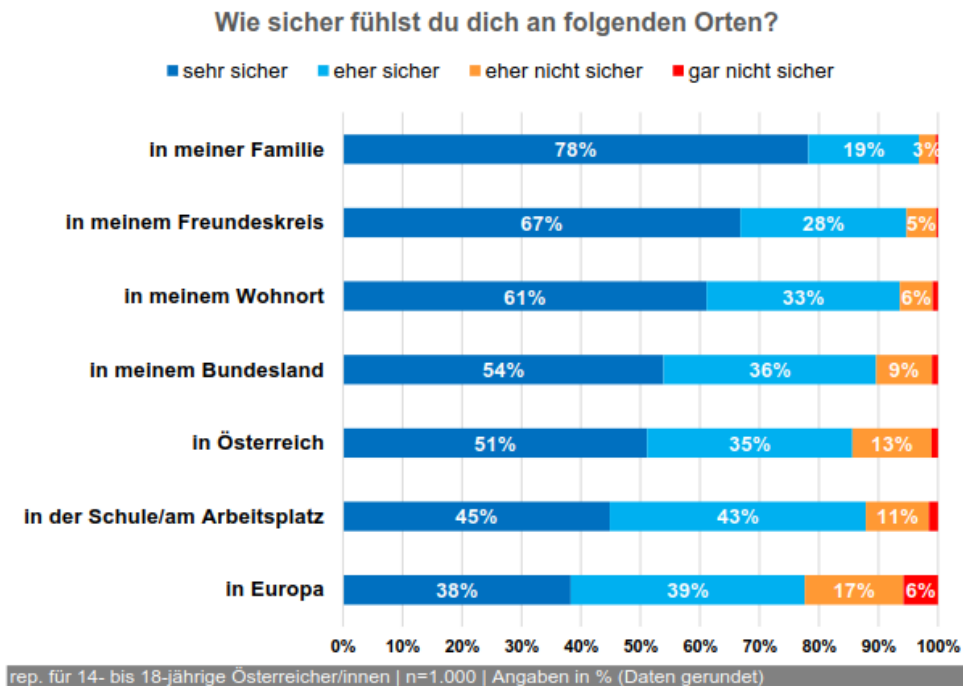
*„Wir haben in den letzten Monaten aufgrund der Corona Pandemie erlebt, wie schnell alles anders sein kann. Gerade Kinder und Jugendliche haben ihre enorme Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Jetzt ist es an der Zeit, die Situation junger Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Vor allem dürfen wir diejenigen nicht vergessen und zurücklassen, die belastet oder benachteiligt sind, die Gewalt und Missbrauch erfahren, die emotional und körperlich vernachlässigt werden, die von Krankheit oder Behinderung betroffen oder jene, die sozial isoliert sind. Sie alle brauchen unsere gesellschaftliche Unterstützung, sie brauchen Chancen, Mitsprache und Solidarität. Dies erfordert ein Bündel an zielgerichteten Maßnahmen und umfassende finanzielle Ressourcen“, so der eindringliche Appell der österreichischen Kinder- und Jugendanwält*innen.*

Im Auftrag der österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften führte das Institut für Jugendkulturforschung eine österreichweite Studie zu Gewalt- und Mobbing Erfahrungen von Jugendlichen in unterschiedlichen Sozialräumen sowie zum Umgang junger Menschen mit Gewalt und Mobbing durch.

Zum Lebensgefühl Jugendlicher im Jahr 2020

Auch in Zeiten gesellschaftlicher Krisen belasten die Jugendlichen persönliche Probleme. Klimawandel, Nationalismus, Wirtschaftskrisen oder Pandemien beherrschen aber den Zeitgeist und lassen auch die 14- bis 18-jährigen nicht unberührt. Entsprechend ist die Suche nach Sicherheit und Halt einer der wichtigsten Orientierungspunkte der Jugendlichen. Dieser wird vor allem in den Familien, aber auch im Freundeskreis gefunden.

Diagramm 1: Sozialräumliches Sicherheitsgefühl



Die Priorisierung von Sicherheit im Rahmen der persönlichen Lebensplanung spiegelt sich auch in der Umfrage wider. 78 Prozent der Befragten fühlen sich in der Familie „sehr sicher“ und weisen sie damit als ihren wichtigsten Lebensbereich aus. Nach der Familie folgt der Freundeskreis, der für fast 70 Prozent ein sehr sicherer Ort ist. Im Vergleich dazu werden Schule, Arbeitsplatz und der Großraum Europa als weniger sicher empfunden.

Explizite Ängste der Jugendlichen beziehen sich zugleich auf mögliche gesellschaftliche Krisen wie Klimawandel, steigender Rassismus und Terroranschläge, aber auch private Ängste, wie der Tod eines nahen Familienangehörigen. Genauso belastend sind für die Jugendlichen Konflikte innerhalb der Familie und finanzielle Probleme der Familienangehörigen.

Während bereits vor der Corona-Krise die gesellschaftliche Zukunft eher negativ gesehen wurde, sah die Mehrheit der Jugendlichen dennoch ihre persönliche Zukunft positiv. Die Corona-Krise führt nunmehr auch zu einer zunehmend prekären persönlichen Zukunftsperspektive junger Menschen: 80 Prozent haben Angst davor, ihren Job zu verlieren oder gar keinen zu bekommen. 70 Prozent fürchten sich vor einer aufziehenden Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen.

*„Wir müssen alles in unserer Macht Stehende unternehmen, es geht um die Zukunftschancen der heutigen Generation junger Menschen!“ so die österreichischen Kinder- und Jugendanwält*innen, verbunden mit ihrer Aufforderung an die politischen Verantwortungsträger*innen: „Allen jungen Menschen in unserem Land ist der diskriminierungsfreie Zugang zu einer persönlichkeitsstärkenden Bildung zu sichern. Die dafür nötigen Maßnahmen sind unverzüglich umzusetzen: Von der erforderlichen digitalen Ausstattung aller Schüler*innen, über die Förderung eines gewaltfreien und respektvollen Umgangs in den Schulen, bis hin zu wirkungsvollen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit!“*

Ausgewählte Schlüsselergebnisse der Studie

Zum Studiendesign: Die empirische Untersuchung umfasste die Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen. Das Thema wurde sowohl qualitativ als auch quantitativ beforscht. Neben vier Gruppendiskussionen und 10 vertiefenden Einzelinterviews wurde eine repräsentative quantitative Befragung von insgesamt 1.000 14- bis 18-Jährigen durchgeführt. Diese fand von Februar bis Mai 2020 statt.

Tabellen siehe Präsentation im Anhang

Gewaltbegriff und Gewalt im sozialen Umfeld

Spontanassoziationen mit Gewalt umfassen oftmals lediglich körperliche Aspekte. Wird tiefer nachgefragt, zeigt sich, dass für die Jugendlichen psychische Gewalt als gleichgestellte Gewaltform in ihre Definition miteinfließt. Insbesondere Mobbing und Cybermobbing werden als gravierende Handlungen empfunden. Die häufigsten Gewalterfahrungen im sozialen Umfeld der Jugendlichen beinhalten dabei meist keinen physischen Aspekt, sondern bestehen aus Beschimpfungen und Beleidigungen offline sowie online, Ausgrenzung und Mobbing. Die häufigste physische Gewaltform im sozialen Umfeld ist Raufen, wobei viele Jugendliche dies oftmals als Spaß unter Freund*innen oder Geschwistern verstehen und nicht zwangsläufig ernst nehmen.

Selbst erfahrene Gewalt

- **Mobbing im schulischen Umfeld ist klar die Gewalterfahrung, die von den Jugendlichen am häufigsten selbst erlebt wird.**

Sehr deutlich wird in der vorliegenden Untersuchung, dass die Schule nicht unbedingt einen geschützten Raum für Jugendliche darstellt, sondern viel mehr ein bedrohlicher Ort ist, bedingt sowohl durch Gleichaltrige als auch durch Lehrkräfte. Konkret erzählen die Jugendlichen von Mobbing aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Gewichts bzw. Aussehens oder weil sie einfach anders sind. Neben Abwertungen und Beleidigungen kam es dabei auch zu physischer Gewalt. Konsequenzen für die Täter*innen sind nicht immer klar – in einem Fall wurden sie der Schule verwiesen, in vielen Fällen haben jedoch die Betroffenen des Mobbings selbst das Umfeld verlassen oder die Täter*innen haben irgendwann von selbst aufgehört. Klare Konsequenzen für Täter*innen, wenn Betroffene sich an verantwortliche Personen oder Autoritätsfiguren wenden, sind nicht immer gegeben.

Fast jeder Dritte gibt an, schon mal von Mobbinghandlungen betroffen gewesen zu sein, wie hinter dem Rücken bei Freund*innen angeschwärzt (31 Prozent), ausgegrenzt (29 Prozent) oder erniedrigt, gemobbt worden zu sein (28 Prozent).

- **Cybermobbing ist eine Gewaltform, die bei den Jugendlichen, bedingt durch die ständige Verfügbarkeit und andauerndes Onlinesein, allgegenwärtig ist.**

Rund ein Viertel der befragten Jugendlichen kennt das Erlebnis, auf Social Media beleidigt zu werden und über 13 Prozent wurden im Internet bereits falsche Behauptungen aufgestellt. Jeweils 11 Prozent kennen zudem die Erfahrung, dass eigene Fotos und eigene Beiträge negativ bzw. beleidigend kommentiert wurden.

In den qualitativen Studienteilen deutet sich zudem an, dass weibliche Jugendliche öfter zu Opfern von Cybermobbing werden als männliche Jugendliche. Spezifisch ist hierbei, dass Cybermobbing bei Mädchen häufig mit sexualisierter Gewalt zusammenhängt. So erhalten sie regelmäßig obszöne Fotos von männlichen Geschlechtsteilen, anzügliche Kommentare auf Fotos oder sexualisierte Nachrichten. Zudem machen weibliche Jugendliche oft die Erfahrung, dass ungewollt freizügige Fotos von ihnen verbreitet werden und dass sie immer wieder auf Basis ihres Aussehens angegriffen werden.

Die vorliegende Untersuchung macht klar, dass sexualisierte Gewalt Mädchen und jungen Frauen in allen Gesellschaftsgruppen passiert und die Angst vor Übergriffen für viele ein ständiger Begleiter ist. Weibliche Befragte fühlen sich auf öffentlichen Plätzen, beim Ausgehen, online sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln stärker von Gewalt bedroht als männliche Befragte. Jedes dritte Mädchen (35 Prozent) zwischen 14 und 18 Jahren gibt an, schon einmal ungewollt begrabscht worden zu sein. Auch erleben weibliche Jugendliche wesentlich häufiger als männliche Jugendliche, von Erwachsenen sexuell unangenehm angesprochen zu werden.

- **Gewalt in der Erziehung**

Seit mehr als 50 Jahren wird in diversen Befragungen die Einstellung zur „gesunden Watsche“ als Symbol für die Akzeptanz von körperlicher Gewalt in der Erziehung abgefragt. Auch in der vorliegenden Studie wurde diese Befragungstechnik angewendet. Fast 1/3 der Befragten können der Aussage, dass „die gesunde Watsche“ noch keinem Kind geschadet hat, mehr oder weniger zustimmen.

Umgang mit Gewaltsituationen, Hilfe holen und annehmen

Wenn es möglich ist, gehen sie Konfrontationen lieber aus dem Weg oder versuchen, Probleme mit Worten zu lösen. Eine überwiegende Mehrheit der Jugendlichen zeigt eine deutliche Bereitschaft, sich im Falle einer Bedrohung Hilfe zu holen. Bevorzugt um Unterstützung gebeten werden Personen, die den Jugendlichen nahe stehen, wie Eltern oder der Freundeskreis. Die Kontaktaufnahme zu Beratungsstellen oder Inanspruchnahme anderer professioneller Unterstützung erfolgt meist erst, wenn die Unterstützung aus dem sozialen Umfeld nicht ausreicht.

Maßnahmen zur Gewaltprävention finden häufig in den Schulen statt und werden von vielen Jugendlichen als gut, von manchen jedoch als langweilig oder erst in der Retrospektive sinnvoll bewertet. Prävention kann aus Sicht der jungen Österreicher*innen Gewalt verhindern, bevor sie überhaupt entsteht. Als für sie selbst positive Erfahrung beschreiben die Jugendlichen in diesem Zusammenhang vor allem Gespräche mit den Eltern über Gewalt und Gewaltvermeidung.

Auf Basis der vorliegenden Untersuchung lässt sich festhalten, dass insbesondere **weibliche Jugendliche, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche aus niedrigen bzw. mittleren Bildungsschichten** häufiger Gewalt in ihrem Umfeld wahrnehmen und erleben. Dies gilt es bei Präventionsangeboten besonders zu berücksichtigen.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist bei fast 50 Prozent der befragten Jugendlichen bekannt, bei den bildungsferneren Proband*innen sogar etwas besser als bei den Höhergebildeten. Auch der Begriff Kinderrechte ist für die überwiegende Mehrheit der Befragten kein Fremdwort. 74 Prozent geben an, schon etwas von der Thematik der Kinderrechte gehört zu haben.

Mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft wünscht man sich einen möglichst persönlichen Kontakt, einen Kontakt, der nicht unbedingt medial vermittelt sein sollte. Zumindest will man bei einem Telefongespräch die Stimme des Gegenübers hören, mit Abstand am liebsten ist den Jugendlichen aber der gute alte Face-to-Face-Kontakt. Bei Beratungen, die mit Bedrohungsszenarien und Gewalterfahrungen zu tun haben, geht es um viel, die Angelegenheit ist für die Betroffenen sehr ernst, manchmal sogar existentiell. In so einer Situation kann ein distanzierter Kontakt nur als Anbahnung für folgende ganz persönliche Kontakte fungieren.

Mag.^a Elisabeth Harasser, Kinder- und Jugendanwältin des Landes Tirol

Schwerpunkt Lebensumfeld Schule

Die Ergebnisse der Studie belegen, dass Mobbing die Gewalterfahrung ist, die Jugendliche am häufigsten selbst erleben. Schauplatz für diese Szenarien ist in den meisten Fällen die Schule. Auf die Frage, wo es am ehesten zu Bedrohung und Gewalt kommt, nennen 36 Prozent der Befragten die Schule! Das heißt also, dass die Schule keinesfalls ein geschützter Bereich ist, in dem man sich gut entfalten und entwickeln kann, sondern ganz offensichtlich ein ziemlich bedrohlicher Ort.

Als Mobbing definieren die Jugendlichen ein Verhalten, das darauf abzielt, jemandem über einen längeren Zeitraum physische und/oder psychische Schmerzen zuzufügen. Das reicht von regelmäßigen Bedrohungen und Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen. Täter*innen sind meistens Gleichaltrige, aber auch Lehrpersonen treten als Mobber*innen in Erscheinung.

13 Prozent der Jugendlichen gaben an, dass es an ihrer Schule häufig zu Mobbing und Gewalt unter Schüler*innen kommt.

Immerhin 44 Prozent beobachteten Mobbing an ihrer Schule ab und zu. Angehörige der niedrigen und mittleren Bildungsschichten bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind besonders betroffen (17 Prozent häufig).

Das Ausmaß von Mobbing und Gewalt von Lehrpersonen gegenüber Schüler*innen gaben 8 Prozent mit häufig an (10 Prozent aus der niedrigen und mittleren Bildungsschicht) und 27 Prozent mit ab und zu.

Zur Frage, wie sicher sich junge Menschen in der Schule oder am Arbeitsplatz fühlen, antworteten nur 45 Prozent mit „sehr sicher“.

Eine wesentliche Rolle spielt natürlich auch Cybermobbing, das sich in der virtuellen Welt abspielt. 24 Prozent der Befragten gaben an, selbst schon auf Social Media beleidigt worden zu sein.

Mobbing unter Kindern und Jugendlichen ist die eine Seite. Natürlich muss darauf professionell reagiert werden. Wir erleben es immer wieder in der Praxis, dass Lehrpersonen nicht eingreifen bzw. bewusst nichts wahrnehmen wollen. Manche sind auch einfach überfordert und hilflos. Mobbingprävention und entsprechende Handlungsmöglichkeiten müssen bereits Teil der Ausbildung sein.

Auch Schulsozialarbeit ist ein sehr hilfreiches Unterstützungsmodell, weil sie vor Ort und unmittelbar eingreifen kann. Schüler*innen können sich vertrauensvoll – auch mit anderen Problemen – an die Schulsozialarbeiter*innen wenden.

Es müssen aber endlich auch die Lehrpersonen im Fokus unserer Aufmerksamkeit stehen, die selber zu Mobber*innen werden, die psychische Gewalt ausüben und Kinder und Jugendliche gezielt demütigen und beleidigen. Für diese Pädagog*innen muss es endlich auch Sanktionen geben. Derzeit gibt es keine wirksamen rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, um gegen diese Lehrpersonen vorzugehen. Wenn überhaupt etwas passiert, werden sie in eine andere Schule versetzt, wo sie nach kurzer Zeit in die alten Handlungsmuster zurückfallen. Die psychischen Belastungen für die betroffenen Kinder werden nach wie vor nicht ernst genommen. Beschwerden der Eltern zeigen vielfach keine Wirkung bzw. sehen Eltern davon ab, weil sie – leider berechtigte – Angst vor den Folgen für ihr Kind haben.

Wie die Studie zeigt, betrifft es größtenteils Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen Familien. Corona hat uns deutlich die Folgen der sozialen Ungleichheit in der Schule aufgezeigt. Spätestens jetzt müsste allen klar sein, wie ungerecht unser Bildungssystem ist. Kinder aus bildungsfernen Familien noch dazu mit Migrationshintergrund haben in diesem System keine Chance!

Wir können es uns aber nicht leisten, dass junge Menschen auf der Strecke bleiben oder ohne grundlegende Kenntnisse nach neun Schuljahren ins Leben entlassen werden.

Investitionen in die Schulen sind auch Investitionen in die Zukunft. Die Schwachstellen unseres Schulsystems sind in den letzten Monaten deutlich zum Vorschein gekommen! Es wäre also höchste Zeit endlich zu handeln. Am nötigen Geld darf eine grundlegende Bildungsreform jedenfalls nicht scheitern. Es sollte den Verantwortlichen inzwischen klar sein, dass die Zukunft unseres Landes in einem Schulsystem liegt, das zu den besten der Welt gehören muss.

Mag.^a Denise Schiffrer-Barac, Kinder- und Jugendanwältin des Landes Steiermark

Veränderung und Erneuerung prägen die Lebenswelt von jungen Menschen

Kinder sind nicht nur die Zukunft jeder Stadt, jeden Landes und jeder Gesellschaft, sie sind bereits die Gegenwart. Da die Gegenwart immer im direkten Zusammenhang mit der Zukunft zu verstehen ist, ist es von größter gesellschaftlicher Bedeutung, das seelische, psychische und physische Wohl unserer Kinder konstant und ausnahmslos an die oberste Stelle zu reihen. Dies wird in der Präambel der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 ausdrücklich betont und steht in österreichischem Verfassungsrang in Artikel 1 Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern.

Allerdings gibt es trotz bedeutender Errungenschaften in der Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen sowie in deren gesellschaftlichen Position noch einiges zu tun, um die gesunde kindliche Entwicklung besser zu unterstützen. Das zeigen auch die jetzigen Studienergebnisse sehr deutlich.

Die Corona Pandemie hat unsere Gesellschaft in den letzten Wochen entscheidend verändert und geprägt. Vielerorts werden die Auswirkungen der letzten Monate rund um den Lock Down erst jetzt merk- und vor allem sichtbar. Verschiedene Indikatoren sowie die aktuelle Studie weisen klar darauf hin, dass durch die aktuell vorherrschende Situation die Gewaltbereitschaft als vermeintlich adäquates Problemlösungsmittel zunimmt. Laut Ergebnissen der Studie werden ca. 24 Prozent der Kinder und Jugendlichen auch nach 30 Jahren Gewaltverbot in der Erziehung noch von ihren Eltern geohrfeigt. Das heißt: Mit der „gsunden Watschn“ wächst noch ca. jedes 4. Kind in Österreich auf. Aber: Jedes Kind, das mit einer Gewalterfahrung aufwachsen muss, ist ein Kind zu viel! Daher gibt es bei den Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs in unterschiedlicher Ausgestaltung verschiedenste Angebote. In der klassischen Einzelfallberatung versuchen wir Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Lebensumfeld bei ihren Fragen, Sorgen oder Wünschen direkt zu unterstützen und zu beraten sowie Handlungsanleitung für ein gewaltfreies Miteinander zu erarbeiten. Die Einzelfallarbeit macht es auch möglich, Lücken und Probleme in bestehenden Systemen zu verorten, um in Folge auf Strukturebene die bestmögliche Lösung für alle Betroffenen zu finden, sowie eine Veränderung der Rahmenbedingungen herbeizuführen.

Darüber hinaus gibt es als bundesländerspezifische Angebote auch noch die kinderanwaltliche Vertrauensperson in den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen sowie Anlaufstellen speziell zum Thema Mobbing. Weiters sind gerade jetzt Präventions-, Informations- und Hilfsangebote wichtiger denn je. Denn klar ist: Kinderrechte werden erst dann eingehalten, wenn sie im alltäglichen Leben auch gelebt werden. Dazu müssen Rechte bekannt sein. Damit dieses Wissen und Bewusstsein wächst und Kinderrechte eingehalten werden, bieten die kijias kostenlose Kinderrechteworkshops in den Schulen an. Sogenannte „Kinderrechtebotschafter“ gehen bei diesem Format an die Schulen, und informieren dort die Kinder und Jugendlichen altersspezifisch über die Kinderrechte. Außerdem wird mit unterschiedlichsten Projekten versucht, die breite Öffentlichkeit und insbesondere die Sorgeberechtigten (also meist Eltern) über Kinderrechte zu informieren. Schulungen von Multiplikator*innen und Fachkräften zum Thema Kinderrechte zählen ebenfalls zum Aufgabenbereich der kijias.

Einer der für mich zentralsten Sätze, welcher meine ganze Arbeit als Kinder- und Jugendanwältin prägt, ist: Kinder und Jugendliche haben Verantwortung, und es liegt an uns allen, ihnen zu ermöglichen, diese Verantwortung altersadäquat wahrzunehmen. Damit dies gelingen kann, sind ein gewaltfreies Aufwachsen und die Achtung der Kinderrechte unabdingbar.

Gesellschaftliche Entwicklungen im Fokus

Bereits 2013 und 2016 wurden in Oberösterreich im Auftrag der KiJA Studien¹ zum Thema „Gewalt unter Jugendlichen“ durchgeführt. Die vorliegende Jugendstudie „Recht auf Schutz vor Gewalt“ des Instituts für Jugendkulturforschung schließt hinsichtlich Mobbingverfahren an diese Erhebungen an.

Dazu folgende oberösterreichspezifische Zahlen:

So berichteten in der aktuellen Umfrage 2020 rund 11 Prozent der Befragten, dass es an ihrer Schule häufig zu Mobbing unter Kindern und Jugendlichen gekommen sei, 46 Prozent gaben an, dass das zumindest ab und zu der Fall gewesen sei. Damit zeigt sich gegenüber den vorhergehenden Studien doch ein deutlicher Anstieg und insgesamt eine steigende Tendenz (2013: 8 Prozent „häufig“, 36 Prozent „ab und zu“; 2016: 9 Prozent „häufig“, 31 Prozent „ab und zu“), wobei OÖ geringfügig unter dem österreichweiten Schnitt liegt.

Das Risiko für gewalttätiges und antisoziales Verhalten erhöht sich dramatisch, wenn entsprechende frühkindliche Erfahrungen vorliegen. Eine sichere Bindung und eine liebevolle und aufmerksame Beziehung der Eltern zu ihrem Kind scheinen die wesentlichen Schutzfaktoren gegen Mobbing und Gewalt zu sein. Für wirksame Präventionsmaßnahmen bedeutet das, dass in den Familien anzusetzen ist, und zwar „Je früher, desto besser“.

Gewalt gegen Kinder ist nach wie vor ein Tabuthema. Es braucht gerade jetzt, angesichts der für viele Kinder und ihre Familien so belastenden Zeiten, eine „Kinderschutz-Strategie“, um für eine gewaltfreie Erziehung zu sensibilisieren und möglichen Übergriffen vorzubeugen. Nicht nur körperliche Gewalt, auch Abwertungen, Erniedrigungen, Beschimpfungen oder Bedrohungen fügen einem Kind langfristig Schaden zu, indem sie den Aufbau eines gesunden Selbstwertgefühls stören oder unmöglich machen.

Für wirksamen Kinderschutz heißt das: Neben den Hilfen bei akuten Gefährdungen und niederschweligen „Frühen Hilfen“ braucht es kontinuierliche, langfristig angelegte sowie zielgruppengerechte Aufklärung und Information. Kinder und Jugendliche haben das Recht, vor allen Formen von Gewalt geschützt zu werden!

Die „gesunde“ Watsche macht krank!

Bei einer Umfrage² unter Erwachsenen in OÖ im Vorjahr, anlässlich 30 Jahre Gewaltverbot in der Erziehung, war etwa ein Fünftel der Befragten der Auffassung, „eine gesunde Watsche schadet niemandem“ oder dass einem „schon mal die Hand ausrutschen kann“. Die aktuell hohe Zustimmung von fast einem Drittel der Jugendlichen zu dieser Aussage ist alarmierend, wobei bei beiden Studien Befragte mit niedrigerem Bildungsniveau eine höhere Akzeptanz zeigten. Für eine wirksame Trendumkehr heißt das, intensive und nachhaltige Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche müssen verpflichtend im Bildungsbereich verankert werden, damit diese Einstellungen und Verhaltensmuster nicht weiter tradiert

¹ Institut IMAS, Trendstudien zum Thema „Gewalt unter Jugendlichen“ im Auftrag der KiJA OÖ, 2013 und 2016

² Spectra Institut, Studie „Gewaltverbot in der Erziehung“ im Auftrag der KiJA OÖ, 2019

werden. Lässt doch die Studie dahingehend aufhorchen, dass fast jede*r vierte Befragte schon die Erfahrung machen musste, von den eigenen Eltern geohrfeigt zu werden.

Mädchen und sexualisierte Gewalt

Ein weiteres Ergebnis der Studie, nämlich dass Mädchen von vielen Gewaltformen, insbesondere auch von sexueller Gewalt, betroffen sind, wird auch durch die Beratungserfahrungen der Kinder- und Jugendanwaltschaft OÖ bestätigt. Besonders besorgniserregend ist, dass in den vergangenen Jahren auch in Verbindung mit Cybermobbing eine deutliche Zunahme der Gewaltbetroffenheit von Mädchen und jungen Frauen zu verzeichnen ist.

Den jungen Österreicherinnen ist durchaus bewusst, dass einige der Tätlichkeiten strafrechtlich verfolgbar sind, dennoch hindern sie Scham und die Angst nicht ernst genommen zu werden daran, eine Anzeige zu erstatten oder sich frühzeitig Hilfe zu holen. Nach wie vor tragen verbreitete Vorurteile zu einer Verharmlosung von sexueller Gewalt bei. Sie führen noch allzu oft zu einer Art Schuldumkehr, rechtfertigen das Verhalten des Täters und geben somit dem Opfer (Mit)Schuld an der erlebten Gewalt. Diese Mythen und Fehleinschätzungen müssen dringend hinterfragt, reflektiert und aufgebrochen werden.

Um die Gewalt in unserer Gesellschaft nachhaltig zu bekämpfen, ist es erforderlich, an den Ursachen der Gewalt anzusetzen. Gewaltfreie Kommunikation, Gleichstellung der Geschlechter, Nicht-Diskriminierung etc. sind Themen, die von Kindheit an gelernt und geübt werden müssen. Insbesondere gehört bei gezielter Bubenarbeit zur Entwicklung eines neuen Rollenverständnisses angesetzt.

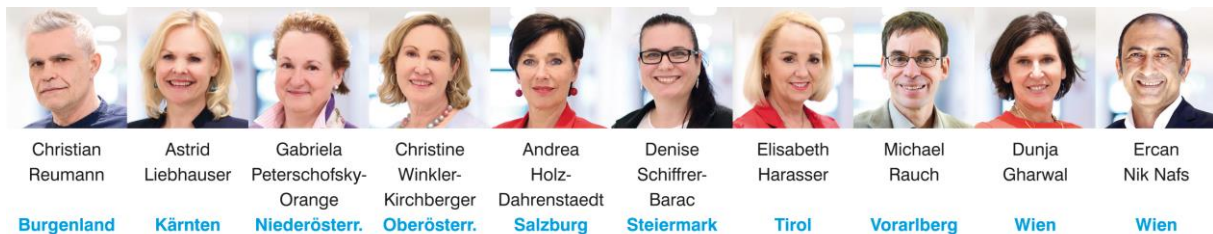
Zudem sind ein besonders sensibler Umgang mit betroffenen Frauen und Mädchen sowie eine spezifische Unterstützung notwendig. Unabdingbar und prioritär sind der Schutz und die Unterstützung der Opfer durch spezialisierte Beratungsstellen. Maßnahmen müssen auch bei den Tätern ansetzen, das Strafrecht alleine ist jedoch nicht ausreichend. Täterarbeit, insbesondere Anti-Gewalt-Trainings, soll Männer dazu befähigen, ihre Wünsche und Bedürfnisse ohne Gewalt durchzusetzen.

Kinderrechtliche Forderungen:

- „Kinderschutz-Strategie“: Staatliche Maßnahmen und ausreichende Ressourcen zur verstärkten Sensibilisierung für die unterschiedlichen Gewaltformen und für eine gewaltfreie Erziehung. Bekanntmachung des gesetzlichen Gewaltverbots mit Hinweisen auf Anlaufstellen. Hierfür bedarf es kontinuierlicher und zielgruppengerechter Zugänge, insbesondere für Eltern aller sozialen Schichten, Pädagog*innen, Ärzt*innen sowie Kinder und Jugendliche.
- Bereitstellung ausreichender finanzieller Ressourcen für die Etablierung von „Frühen Hilfen“ für Familien aller sozialen Schichten.
- Niederschwellige Familienberatungsangebote auch mit interkulturellen Zugängen und Ausbau der Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Frauen und Mädchen.
- Stärkung der Kinder- und Jugendrechte im Bildungswesen, beginnend mit der Elementarpädagogik bis hin zur Matura, und in allen Ausbildungszweigen sowie bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche.
- Soziales Lernen und Konfliktmanagement verankert in allen Lehrplänen.

- Gesetzliche Absicherung und ausreichende Ressourcen für schulische Unterstützungssysteme, insbesondere der Schulsozialarbeit.
- Verbesserungen bei der Wahrnehmung der gesetzlichen Mitteilungspflicht an die Kinder- und Jugendhilfe durch die mitteilungspflichtigen Fachkräfte, vor allem in medizinischen und pädagogischen Berufen.
- Gebündelte Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.
- Ausbau (sozial-)therapeutischer Angebote im ambulanten und stationären Bereich.
- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie u.a. durch Schaffung von Anreizen zur Facharztausbildung.
- Neu zu entwickelnde altersgerechte Täter-Opfer-Ausgleichmodelle sowie Anti-Gewalt-Trainings für Kinder und Jugendliche.
- Ausbau von außerschulischer Jugendarbeit vor allem auch im Onlinebereich.

Kinder- und Jugendanwältinnen und –anwälte der Bundesländer



Im Anhang:

Präsentation der Umfrageergebnisse/Charts

Weitere Informationen:

Ergebnisband und Chartband der Jugendstudie „Recht auf Schutz vor Gewalt“ als Download
 Kontaktdaten zu den Kinder- und Jugendanwaltschaften der Bundesländer

www.kija.at